

Sehr viele Finanzunternehmen müssen ihre Bilanzen immer wieder nach unten korrigieren, nicht wenige sind vom Konkurs bedroht.

In der Folge dessen misstrauen die Banken einander und leihen sich untereinander kein Geld mehr. Eine Grundvoraussetzung des bisherigen Finanz- und Wirtschaftssystems bricht weg.

»Es ist höchste Zeit, sich das Geld bei den Spekulanten und Aktionären zurückzuholen, die unseren Wohlstands- und Sozialstaat die vergangenen Jahre schamlos ruiniert haben.«

Axel Troost am 22. September 2008

Viel zu lange hat die Bundesregierung gewartet, bevor sie überhaupt auf die Finanzkrise reagierte. Noch am 16. September 2008 will Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) von einer Krise gar nichts wissen: »Es gibt keinen Anlass, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln.«

Am 13. Oktober 2008 folgt dann die radikale Kehrtwende der Bundesregierung. Sie legt dem Parlament ein Maßnahmenpaket mit dem sperrigen Titel »Finanzmarktstabilisierungsgesetz« vor, um »das Vertrauen in den Finanzmarkt wiederherzustellen«.

Die Banker sind sich ihres Erpressungspotenzials bewusst. Die Bundesregierung kapituliert vor den Banken und ignoriert die Forderung, mögliche Verluste aus Rettungsmaßnahmen auf die Finanzbranche zu verteilen.

Die Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und FDP knicken vor dem Druck von Kanzlerin Merkel (CDU) und Finanzminister Steinbrück (SPD) ein. Die Bundesregierung bekommt die gewünschte Vollmacht über 480 Milliarden Euro.

DIE LINKE fordert:

■ Eine gründliche Neuordnung des Finanzsystems und ein Ende des Casino-Kapitalismus: Dazu müssen die Wechselkurse stabilisiert, Kreditverbriefungen und Hedgefonds verboten und eine Börsenumsatzsteuer eingeführt werden. Die Banken sollen der Realwirtschaft dienen, statt sie kaputt zu spekulieren.

■ Eine Vermögensabgabe für Reiche und Superreiche und die langfristige Kostenübernahme des Rettungspakets durch die Banken: Die bisherigen Profiteure des Finanzmarktkapitalismus müssen die Zeche selber zahlen.

■ Eine Stärkung der Binnennachfrage: Um die Nachfrage zu stärken, müssen die Löhne und Renten sowie die staatliche Unterstützung für Familien und Erwerbslose angehoben werden. Der Staat muss ein Investitionsprogramm auflegen, von dem vorrangig die Bereiche Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz profitieren.

■ Eine grundlegend neue Verteilungspolitik: Zu viel Reichtum in den Händen weniger Menschen führt unausweichlich zu Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten. Umverteilung zugunsten der Löhne und Sozialsysteme ist die beste Prävention gegen die nächste Krise.

DIE LINKE.

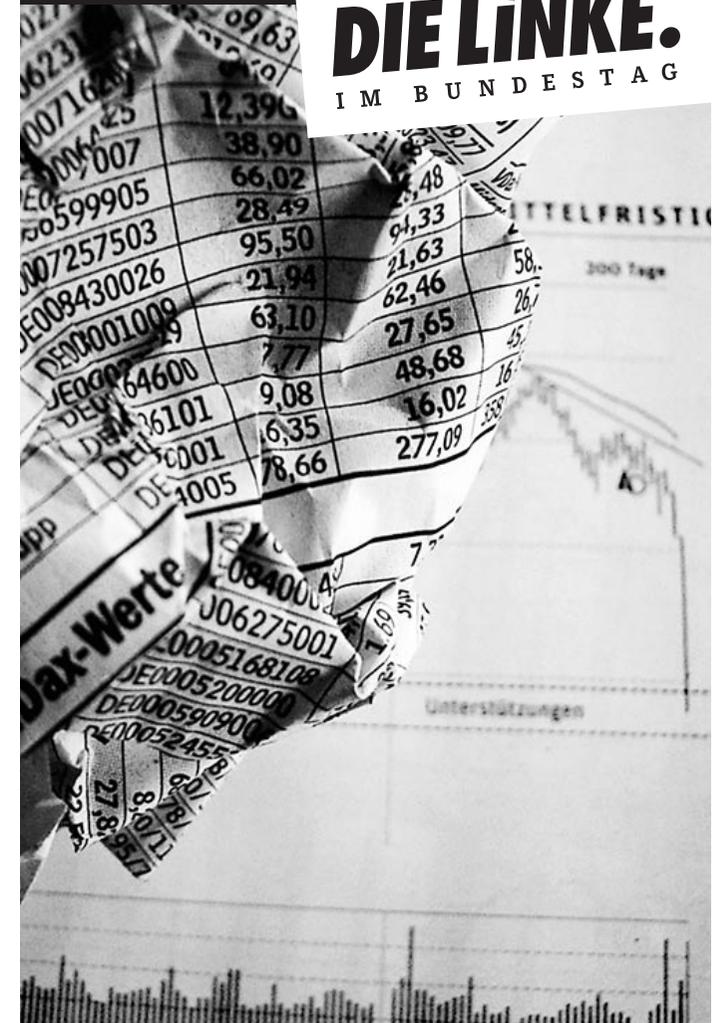
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss: 21. Oktober 2008

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Milliarden verzockt, Vertrauen verspielt, der Casino- Kapitalismus ist gescheitert.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



»Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?«

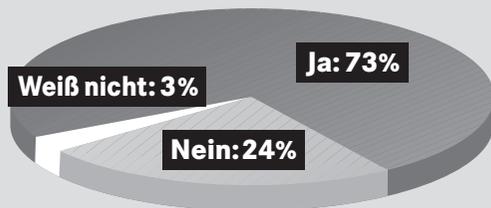
Bertolt Brecht, Dreigroschenoper

Liebe Leserinnen und Leser,

die Finanzkrise erfasst die Wirtschaft. In der Bevölkerung wächst die Angst um Ersparnisse und vor Arbeitslosigkeit. Die Bundesregierung hat die Krise, die sie mitverantwortet, monatelang geleugnet. Dann »rettet« sie mit 9,2 Milliarden Euro aus Steuergeldern die Privatbank IKB und bürgt mit 26 Milliarden Euro für den Bankkonzern Hypo Real Estate. Zwei Wochen später peitscht sie im Eilverfahren ein Mammut-Gesetz durch Bundestag und Bundesrat: Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften seitdem mit 400 Milliarden Euro für die Banken. Weitere 80 Milliarden Euro kommen den Finanzjongleuren direkt zugute.

DIE LINKE hat dieses Gesetz abgelehnt. Das Gesetz ist ein Blankoscheck für weitere Umverteilung von Unten nach Oben und eine Niederlage der Demokratie. Wenn der Staat den Banken hilft, muss er auch verbindliche Eigentums- und Entscheidungsrechte an den Kreditinstituten erhalten. Und über das viele Geld soll das Parlament, nicht allein der Finanzminister entscheiden. Außerdem verlangt DIE LINKE ein Konjunkturprogramm, um die Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wirtschaft zu schützen.

Umfrage: Sollten Banken nur dann finanziell unterstützt werden, wenn der Staat bei allen wichtigen Entscheidungen tatsächlich mitbestimmt?



Quelle: TNS Emnid, 1003 Befragte am 10./15.10.2008
Mehr unter www.linksfraktion.de/umfragen

»Wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.«
Oskar Lafontaine am 15. Oktober 2008
im Deutschen Bundestag

DIE LINKE besteht darauf, dass diejenigen, die an diesem Finanzsystem Milliarden verdient haben, sich angemessen an der Beseitigung des Desasters beteiligen.

DIE LINKE fordert eine Vermögensabgabe von Milliarden und Millionären in Deutschland. Das will die Regierung nicht, sie will die Lasten der Krise auf die breite Masse der Bevölkerung abwälzen.

DIE LINKE verlangt, dem Bankensektor nur dann finanziell zu helfen, wenn der Staat wesentlich an Entscheidungen und zukünftigen Gewinnen der Banken beteiligt wird. Die Bundesregierung verweigert sich diesen Plänen; das Gesetz gibt ihr die Möglichkeit, auf dem Weg von Verordnungen zu machen, was sie will.

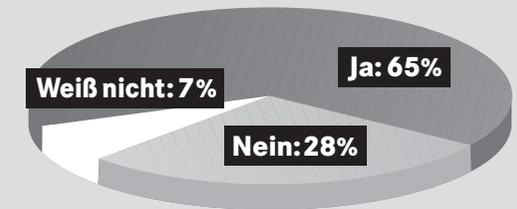
DIE LINKE will die Nachfrage stärken, indem die Löhne, Renten und die staatliche Unterstützung für Familien und Erwerbslose angehoben werden. Denn sonst besteht die Gefahr, dass auch gesunde Betriebe abstürzen.

DIE LINKE fordert ein staatliches Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Dazu ist die Regierung nicht bereit.

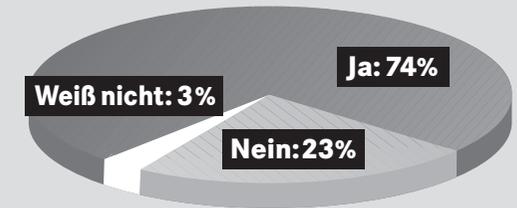
»Die Bundesregierung hat die Finanzkrise mit verursacht, indem sie die Liberalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat.«
Gesine Löttsch am 30. September 2008

Die Regierungsparteien – CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP – haben seit den 1990er Jahren Deutschlands Weg in den Casino-Kapitalismus geebnet. Durch die Umverteilung von Unten nach Oben, durch Steuergesetze, die Unternehmen und Spitzenverdiener systematisch begünstigen. CDU/CSU und SPD haben die gesetzliche Rente gekürzt und dadurch immer mehr Menschen genötigt, privat Altersvorsorge zu betreiben und sich den Kapitalmärkten mit ihren Spekulationen anzuliefern.

Umfrage: Sollte die Bundesregierung neben der Absicherung des Geldverkehrs zwischen den Banken auch ein Konjunkturprogramm auflegen?



Umfrage: Sollten Gesetze verabschiedet werden, die den Banken Spekulationen wie in den letzten Jahren verbieten?



Quelle: TNS Emnid, 1003 Befragte am 10./15.10.2008
Mehr unter www.linksfraktion.de/umfragen

Die Finanzminister Eichel und Steinbrück (beide SPD) haben inakzeptable Finanzprodukte, Kreditverbriefungen und Steuerbefreiungen für Spekulanten zugelassen. Die Bankenaufsicht wurde in den vergangenen Jahren nicht gestärkt, sondern geschwächt.

»Wir haben immer gesagt, dass wir eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte brauchen, weil alles andere zu einer Katastrophe führt.«
Gregor Gysi am 17. Oktober 2008
im Deutschen Bundestag

Wesentliche Ursache der Finanzmarktkrise ist die Erfindung von Kreditverbriefungen, mit denen schlecht gesicherte US-Immobilienkredite und Konsumentenkredite (unter anderem aus Kreditkarten) in den Markt gedrückt wurden. Nachdem immer mehr Schuldner diese Kredite nicht mehr bezahlen können und die Preise der Häuser und Gebrauchtwagen fallen, entsteht bei den Banken eine Kettenreaktion.